

Offener Brief: Wohnen darf kein Luxus werden – Stoppt die unsoziale Grundsteuer-Explosion in Lüdenscheid!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wagemeyer,

sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,

liebe Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider,

wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Briefes – Rentnerinnen und Rentner, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Mieterinnen und Mieter und Eigenheimbesitzerinnen und -besitzer aus Lüdenscheid –, wenden uns heute mit großer Sorge und Wut an Sie. Wir alle spüren die massiv gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise tagtäglich in unserem Alltag. Für viele von uns ist die finanzielle Schmerzgrenze längst erreicht.

Dass in dieser ohnehin angespannten Situation die Grundsteuer B in unserer Stadt von 883 % auf unfassbare 1.190 % angehoben wurde, ist für uns ein harter Schlag. Diese Steuererhöhung ist keine abstrakte Zahl in einem Haushaltsplan. Sie ist eine reale finanzielle Bedrohung, die wir zu 100 % aus unserem bereits versteuerten Nettoeinkommen zahlen müssen. Selbst die Stadtverwaltung räumt in ihren eigenen Vorlagen ein, dass dies zu "nennenswerten Mehrbelastungen" führt und "schwer vermittelbar" ist. Wir sagen es noch deutlicher: Es ist sozialpolitisch völlig unverantwortlich.

Die faire Alternative wurde ignoriert

Es macht uns besonders fassungslos, dass es eine durchgerechnete Alternative gab, die von der Ratsmehrheit jedoch blockiert wurde. Ein Änderungsantrag sah vor, den Hebesatz für das Wohnen bei 883 % zu belassen, um uns vor noch höheren Kosten zu schützen. Die entstandene Haushaltslücke hätte durch eine moderate Anhebung der Gewerbesteuer auf 539 % geschlossen werden können.

Warum fordern wir das? Weil Unternehmen die Grundsteuer als Betriebsausgabe steuerlich geltend machen können. Was die Lüdenscheider Wirtschaft bei der Gewerbesteuer mehr gezahlt hätte, hätte sie bei der Grundsteuer zum großen Teil wieder eingespart. Das wäre eine faire, solidarische Verteilung der Lasten gewesen. Stattdessen hat sich die Mehrheit des Rates dafür entschieden, die Zeche allein uns Bürgerinnen und Bürgern aufzubürden.

Die wahren Ursachen angehen, statt die Schwächsten zu belasten

Uns ist durchaus bewusst, dass die finanzielle Notlage der Stadt maßgeblich durch die verfehlte Politik von Bund und Land sowie den Bruch des Konnexitätsprinzips ("Wer bestellt, muss auch bezahlen") verursacht wird. Es ist jedoch nicht hinnehmbar, dass die Folgen dieser Politik nun auf die Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort abgewälzt werden.

Wir fordern daher:

1. **Eine sofortige politische Neubewertung** der Hebesatzsatzung und die Rückkehr zu einer sozial gerechten Lastenverteilung zwischen der heimischen Wirtschaft und den Privathaushalten.
2. **Keine weitere Verteuerung des Wohnens** auf dem Rücken derer, die ohnehin schon jeden Cent zweimal umdrehen müssen.
3. **Gemeinsamen, überparteilichen Druck** des Lüdenscheider Rates auf Bund und Land, um eine auskömmliche Finanzierung unserer Kommune endlich sicherzustellen.

Wohnen ist ein Grundrecht. Es darf nicht zum Luxusgut verkommen, nur um städtische Haushaltslöcher zu stopfen. Wir rufen alle Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider auf, sich diesem Protestbrief anzuschließen!

Mit nachdrucksvollen Grüßen

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner